

04.04.2023

Kleine Anfrage 1671

der Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer, Frank Müller und Lena Teschlade SPD

Leere Worte statt Taten? Warum setzt sich Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene nicht aktiv für die Kindergrundsicherung ein?

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat am 29. März 2023 auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde über das Thema Kinderarmut diskutiert. Der Vorschlag der SPD-Fraktion, die Kinderarmut auf Landesbene durch kostenfreies Kita- und Schulesen zu lindern, wurde von Schwarz-Grün zurückgewiesen. Die Rednerinnen und Redner der regierungstragenden Fraktionen und die NRW-Familienministerin, Josefine Paul, forderten in ihren Beiträgen vielmehr, man solle sich doch lieber für die Kindergrundsicherung auf Bundesebene einsetzen. Die Ministerin forderte „jetzt schnell“ eine gesetzliche Grundlage im Schulterschluss mit den Ländern. Zwei Tage später lehnte Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative zur Einführung der Kindergrundsicherung ab.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. War Familienministerin Josefine Paul das geplante ablehnde Abstimmungsverhalten NRWs bekannt, als sie im Landtag zwei Tage vor der Bundesratssitzung eine schnelle Einführung der Kindergrundsicherung forderte?
2. Wie will sich Nordrhein-Westfalen für die Kindergrundsicherung auf Bundesebene einsetzen, wenn es entsprechende Bundesratsinitiativen ablehnt?
3. Welche gemeinsame Vorstellung haben die Regierungspartner in Nordrhein-Westfalen von einem Konzept für eine Kindergrundsicherung?
4. Wie viele Kinder leben derzeit in Nordrhein-Westfalen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze?
5. Wie hoch ist die Armutsgefährdungsquote von Kindern in NRW im Vergleich zum Bundesdurchschnitt?

Dr. Dennis Maelzer
Lena Teschlade
Frank Müller

Datum des Originals: 04.04.2023/Ausgegeben: 04.04.2023